

SEEBRÜCKE News-Cut, Dez20 - Jan21

Eine kurze Zusammenfassung aktueller Ereignisse:

Ungefähr 2000 geflüchtete Menschen befinden sich aktuell bei Temperaturen von bis zu -16 Grad Celsius in Serbiens Hauptstadt Belgrad. Weitere tausende Menschen stecken vor den EU-Außengrenzen fest – darunter auch hunderte Kinder ohne ausreichend Schutz vor Kälte durch Handschuhe oder festes Schuhwerk.

Egal ob in den Lagern in Griechenland, Serbien oder Bosnien und Herzegowina: Das europäische Festland befindet sich in der kalten Jahreszeit. Derzeit sind Minustemperaturen in der Nacht und auch am Tag keine Seltenheit – geflüchtete Menschen brauchen dringend Zugang zu warmen und trockenen Unterkünften! Während über 200 Städte und Kommunen allein in Deutschland ihre Aufnahmebereitschaft signalisieren, lässt die EU willentlich Menschen zur Abschreckung erfrieren.

Gerade in Nicht-EU-Staaten wie Serbien ist die Grundversorgung der geflüchteten Menschen nicht gegeben. Dennoch zieht die EU eine harte Linie und ignoriert absolut tödliche Lebensrealitäten von Menschen an den EU-Außengrenzen. Doch nicht nur das: auch in der europäischen Union werden weiterhin Menschenrechte mit Füßen getreten wie im Lager Kara Tepe.

In Kara Tepe auf Lesbos, in dem noch immer über 7.000 schutzsuchende Menschen notdürftig untergebracht sind, haben die Behörden Foto- und Videoaufnahmen verboten und unter Strafe gestellt. Wer dort filmt oder Fotos macht, dem drohen Geldstrafen und Sanktionen. Offensichtlich wollen die Behörden so die Berichterstattung über die katastrophalen Zustände in dem Lager verhindern.

Auch im bosnischen Lager Lipa melden Reporter*innen, dass ihre Arbeit erschwert wird. ARD-Teams wurden immer wieder kontrolliert und Scheinwerfer abgeschaltet, um Aufnahmen zu erschweren. In Lipa sitzen bis zu 1.000 Menschen bei -11 Grad in einem unzureichenden Lager ohne Strom und fließendem Wasser fest.

Trotz der Kälte wagen Menschen weiterhin die gefährliche Flucht nach Europa! Erst am Morgen des 20. Januar gab es ein Bootsunglück im Südosten von Lesbos. Ein geflüchteter Mann wurde bereits von der Küstenwache tot geborgen, drei weitere werden vermisst.

Alle Lager an den Außengrenzen müssen evakuiert und die Menschen ordentlich untergebracht werden! Die Lager beschneiden grundlegende Menschenrechte und werden bewusst so gestaltet, dass es den Bewohner*innen möglichst schlecht geht. Diese tödliche Abschreckungspolitik muss beendet werden. Es braucht einen radikalen Wandel in der Migrationspolitik!

Am 22. Januar hat die Ocean Viking als aktuell einziges Rettungsschiff im zentralen Mittelmeer etwa 120 Menschen aus einem überfüllten Schlauchboot vor der libyschen Küste gerettet! Unter den Geretteten befindet sich ein Kind im Alter von gerade einem Monat.

Wie wichtig ziviles Engagement ist, zeigte sich einen Tag zuvor, als bei einem Schiffbruch mindestens 43 Menschen vor der libyschen Küste verstorben sind. Ohne Such- und

Rettungsmissionen bleiben viele der Seenotfälle, die im Mittelmeer regelmäßig passieren, unentdeckt oder werden von der sog. libyschen Küstenwache zurück ins Bürgerkriegsland Libyen verschleppt.

Die geretteten Menschen brauchen dringend einen sicheren Hafen und die blockierten Schiffe müssen endlich wieder auslaufen dürfen!

Am 14. Januar ist Frontex-Direktor Fabrice Leggeri vor den Menschenrechtsausschuss des Bundestages getreten. Frontex ist direkt und indirekt in massive Menschenrechtsverletzungen involviert. In der Ägäis war Frontex umfangreichen Medienberichten zufolge in Pushbacks, bei denen Menschen in türkisches Hoheitsgewässer zurückgedrängt wurden, verwickelt – obwohl sie nach internationalem Recht gerettet und in Sicherheit gebracht werden müssen.

Im Ausschuss gab es harsche Kritik am Frontex-Direktor, insbesondere an der Verweigerung einer transparenten Aufklärung. Leggeri gab wie schon in der Vergangenheit ungefiltert die Perspektive der griechischen Regierung wieder, welche trotz etlicher Beweise Menschenrechtsverletzungen und Pushbacks leugnet. Nun steht die Bundesregierung in der Verantwortung die Aufklärung der Vorkommnisse durchzusetzen oder konsequent alle deutschen Beamtinnen und Beamten aus Frontex-Einsätzen abzuziehen – denn auch die Bundespolizei steht im Verdacht Pushbacks geduldet und gedeckt zu haben.

Im Mittelmeer hält Frontex weiter an der Zusammenarbeit mit libyschen Milizen fest, obwohl bekannt ist, dass die sogenannte libysche Küstenwache geflüchtete Menschen in Folterlager zurück verschleppt und selbst in Menschenschmuggel, Sklaverei und weitere Gräueltaten verwickelt ist.

Die Bundesregierung muss Konsequenzen ziehen: Der Frontex-Direktor muss zurücktreten und deutsche Kräfte abgezogen werden. EU-Agenturen dürfen nicht an drastischen Menschenrechtsverletzungen beteiligt sein!

Trotz all dieser und vieler weiterer desaströser Umstände und skandalöser Zustände plant die Union nun neue rassistische Gesetze: Die innereuropäische Migration, die während der Spargelsaison noch als höchstes Gut geschützt werden musste, soll nun eingeschränkt werden – allerdings nur für geflüchtete Menschen.

Die Union plant, schutzsuchenden Menschen, die innerhalb der europäischen Union migrieren und insbesondere im Zuge dessen nach Deutschland kommen, die Sozialleistungen zu kürzen. So sollen Menschen bestraft und abgeschreckt werden, die sich z.B. in Griechenland aus den unmenschlichen Lagern oder aus der Obdachlosigkeit befreien konnten und nun in Deutschland Schutz suchen.

Die Union und Horst Seehofer setzen ihre rassistische und rechtswidrige Politik fort und sind schon längst der verlängerte Arm der AfD. Das Verweigern von Grundleistungen für geflüchtete Menschen hat nach Ansicht von Expert*innen keinen Ausblick vor dem Verfassungsgericht stand zu halten und ist nichts weiter als rechtspopulistische Scheinpolitik.

Wir bleiben weiter laut gegen die rassistische, menschenverachtende und tödliche Abschottungspolitik und kämpfen für ein solidarisches Europa und kommunale Aufnahme!

SOLIDARITY WILL WIN!